



Argentinien nach der Krise

Zur erstaunlichen Stabilität der real-existierenden Demokratie

EDITORIAL

In fast regelmäßigen Abständen gerät Lateinamerika durch Krisen in die Schlagzeilen. Erst vor wenigen Wochen musste der gewählte Präsident Boliviens dem Druck anhaltender Massenproteste weichen, in Venezuela nimmt die Polarisierung zwischen Anhängern und Gegnern des Präsidenten Chávez kein Ende und auch in Ecuador spitzen sich die Konflikte erneut zu. Auch Argentinien bestätigte das Image der ewig instabilen Region: Im Dezember 2001 eskalierte eine schwere Wirtschaftskrise in landesweiten Massendemonstrationen, Staatschef De la Rúa floh per Hubschrauber aus dem Präsidentenpalast.

Im Jahr 2002 folgte die Abwertung der Landeswährung und der fast komplette Zusammenbruch der Wirtschaft. Mit katastrophalen sozialen Folgen: Über die Hälfte der Bevölkerung sank unter die offizielle Armutsgrenze, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit erreichten historische Rekordmarken.

Nach nur zwei Jahren jedoch ist Argentinien zu erstaunlicher Stabilität zurück gekehrt. Der im Mai 2003 gewählte Präsident Kirchner erfreut sich breiter Zustimmung in der Bevölkerung, die Demokratie scheint heute gefestigter denn je. Und das obwohl sich die sozialen Indikatoren kaum verbessert haben.

Die Tiefe der wirtschaftlichen und sozialen Krise steht mithin in deutlicher Spannung zur schnellen Überwindung der politischen Krise. Jonas Wolff untersucht diese unerwartete Entwicklung und die dahinter stehenden Kräfte und Prozesse. Dabei gelangt er zu einem überraschenden Ergebnis.

Marlar Kin



Im Dezember 2001 entlud sich die Wut der Argentinier in den *cacerolazos*, den so genannten „Kochtopfdemonstrationen“. Die Wirtschaftskrise trieb Arme, Arbeitslose, mittelständische Sparer und Kleinunternehmer gleichermaßen gegen die Regierung auf die Straßen.
Bild: Nicolas Pousthomis

Jonas Wolff

Kaum zwei Jahre ist es her, da gelangten Bilder aus Argentinien auch hierzulande unter die Topmeldungen der Nachrichtensendungen. Mitten in der Weihnachtszeit des Jahres 2001 war die Krise am Río de la Plata eskaliert. Töpfe schlagende Demonstranten drängten sich in den Straßen der Hauptstadt, massenhafte Plünderungen von Supermärkten und Straßensperren im ganzen Land vermittelten den Eindruck anarchischer Zustände. Schließlich – vier Tage vor Weihnachten – floh der gewählte Präsident Fernando De la Rúa per Hubschrauber. Der Versuch einer repressiven Niederschlagung der Unruhen hatte etwa 30 Tote und mehrere hundert Verletzte gefordert, die Proteste aber lediglich weiter angeheizt. Drei Über-

gangspräsidenten folgten De la Rúa nach und gaben ihrerseits auf – getreu dem Motto der protestierenden Massen: „Que se vayan todos!“ („Alle sollen sie abhauen“). Erst der vierte Interims-Präsident innerhalb von zehn Tagen, Eduardo Duhalde, konnte sich im Amt halten. Aber die Krise spitzte sich weiter zu.

Nachdem Duhalde die zehn Jahre währende Bindung des argentinischen Peso an den US-Dollar aufgekündigt hatte, trat der Peso den freien Fall an. Auch die offizielle Erklärung der Zahlungsunfähigkeit des Landes gehörte zu Duhaldes ersten Amtshandlungen. Und der *corralito*, das staatlich verordnete Einfrieren der Bankkonten, das im Dezember 2001 das Fass der allgemeinen Unzufriedenheit zum Überlaufen gebracht hatte, blieb in Kraft. Entsprechend nahmen die Proteste denn auch kein Ende: Offizielle Quellen verzeichnen alleine für Januar 2002 landesweit über 2500 Protestaktionen.

Kaum zwei Jahre später erscheint das alles weit weg. Der seit Mai 2003 amtierende Präsident Néstor Kirchner erfreut sich nach Umfragen einer einmaligen Zustimmung von gut 80 Prozent. Schon bei seiner Wahl schraubte die weit verbreitete Angst vor einem erneuten Sieg des Ex-Präsidenten Carlos Menem das Phänomen der Protestwahl (*voto bronca*) wieder auf Normalmaß zurück – bei den Parlamentswahlen im Herbst 2001 hatten noch bei weitem mehr Wähler nicht oder ungültig abgestimmt als für eine der großen Parteien. In den Medien ist nun viel vom „K-Effekt“ die Rede, das wunderbare Ergebnis umschreibend, das mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Kirchner die soziopolitische Krise des Landes, die sich in einer generellen Ablehnung der politischen Klasse wie der demokratischen Institutionen (Parteien, Parlament, Justiz, Regierung) durch weite Teile der Bevölkerung ausdrückte, fast vergessen scheint.

Der alleinige Verweis auf die strategischen Qualitäten des neuen Präsidenten übersieht allerdings, dass es bereits im Verlauf des Jahres 2002 zu einem kontinuierlichen Rückgang sozialer Proteste kam. Und die Umfragen des *Latinobarómetros* zeigen Erstaunliches: Nicht nur stieg die Zufriedenheit der Argentinier mit der Funktionsweise ihrer Demokratie, die im Frühjahr 2002 mit 8% mehr oder weniger Zufriedenen einen historischen Tiefpunkt erreicht hatte, schnell wieder an (auf 34% für 2003). Die generelle Unterstützung der Demokratie, die in den vergangenen Jahren spürbar gesunken war, wuchs bereits während der offenen Krise: auf 65% (2002) bzw. 68% (2003) (siehe Tabelle auf Seite 3).

Diese erstaunliche Restabilisierung der argentinischen Demokratie gilt es, mit dem Ausmaß der Krise zu kontrastieren, die aus „nördlicher“ Perspektive nur mehr mit den Erfahrungen der Großen Depression zu vergleichen ist. In drei Jahren der Rezession (1999-2001) und einem vierten des freien ökonomischen Falls (2002) sank das Bruttoinlandsprodukt Argentiniens um über ein Viertel, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen verfiel gar um knapp zwei Drittel – von über 8.000 US-Dollar (1998) auf unter 3.000 US-Dollar (2002). In einem Land, das sich in Sachen Armut, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit positiv von lateinamerikanischen Standards abzusetzen pflegte, leben nun über die Hälfte der Bevölkerung offiziell in Armut. Die Arbeitslosenrate, die in der

gesamten „verlorenen Dekade“ der 1980er Jahre nie die 10%-Marke überschritt, liegt nun über 20%, während der Reallohn 2002 den Tiefpunkt der Hyperinflation von 1989 noch unterbot. Und auch die Einkommensschere zwischen Arm und Reich, die sich in den 1990er Jahre ohnehin kontinuierlich öffnete, verschärft sich durch Abwertung und Inflation im Jahre 2002 weiter. Der Trend wachsender sozialer Ungleichheit spiegelt dabei insbesondere die Verarmung

sondern auch ihrer Resultate (Output-Legitimität). In diesem Sinne wird die Wirtschaftskrise zur zentralen Bedrohung der Demokratie und die Stabilität der argentinischen Demokratie trotz schwerster Krise zu einem erklärungsbedürftigen Phänomen.

Um diesem Phänomen auf die Spur zu kommen, werden im Folgenden zunächst die Prozesse von Krise, De- und Restabilisierung nachgezeichnet. Daraus entwickelt der vorliegende Standpunkt einen Erklärungsansatz,



„Que se vayan todos“, zu deutsch in etwa „alle sollen sie abhauen“, lautete eine zentrale Forderung der Protestierenden - hier auf einem Transparent vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires.
Bild: Nicolas Pousthomis

weiter Teile der – traditionell breiten – Mittelschichten.

Die Übersetzung von Wirtschaftskrise und materieller Not breiter Gesellschaftsschichten in eine Gefährdung des politischen Systems ist ein gängiges Thema nicht nur der Lateinamerikaforschung. Auch die Demokratietheorie im Allgemeinen und Arbeiten zum demokratischen innerstaatlichen Frieden (*democratic civil peace*) im Besonderen betonen, dass die Stabilisierungs- und Zivilisierungsleistung der Demokratie der sozioökonomischen Unterfütterung bedarf. Zwar sind die liberal-demokratischen Institutionen, die die gewaltfreie Artikulation gesellschaftlicher Interessen und Ideen ermöglichen sowie Regeln der friedlichen Bearbeitung politischer Konflikte bereitstellen, unzweifelhaft der zentrale Baustein des innerstaatlichen Friedens. Aber dieser bedarf der grundsätzlichen gesellschaftlichen Anerkennung und Akzeptanz nicht nur der demokratischen Prozesse (Input-Legitimität),

der sich in vier Stränge gliedert. *Erstens* gelingt dem politischen System eine partielle Rückgewinnung von Output-Legitimität: Eine allmähliche makroökonomische Stabilisierung sowie soziale Nothilfeprogramme lindern die schlimmsten Krisenfolgen. Dabei verstärkt die Verteilung staatlicher Gelder über Patronagenetzwerke deren Wirkung im Sinne der gezielten Wiederanbindung von Protestgruppen an das politische System. *Zweitens* zeigt sich ein mehrstufiges Eingehen der Politik auf die Protestforderungen (Input-Dimension): Regierung und Parlament reagieren mit personellen Konsequenzen (Rücktritten), mit Verhandlungs- und Dialogangeboten, mit der Vorverlegung von Wahlen sowie mit der Übernahme konkreter gesellschaftlicher Forderungen in Rhetorik und Politik. Der genannte „K-Effekt“ ist zu einem Großteil hier zu verorten. Er basiert darauf, dass Präsident Kirchner die zentralen, in den Protesten artikulierten Kritikpunkte an der real-existierenden argentinischen

schen Demokratie aufnimmt (wirtschafts- politische Fremdbestimmung durch IWF und USA, Korruption, demokratische „Defekte“ in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte).

Diese doppelte, aber gleichwohl recht begrenzte Restaurierung von demokratischer Legitimität spiegelt sich in der genannten allmählichen Erholung der Zustimmungsraten zur Funktionsweise der Demokratie. Die relative Stabilität der Demokratie auch auf dem Höhepunkt der Krise kann so allerdings nicht ausreichend erklärt werden. Hier greift *drittens* eine Form „negativer“ Legitimation: das Fehlen jeglicher Alternativen. Dabei war die – aus historischer bzw. lateinamerikanischer Perspektive naheliegende – Option eines Militärputsches aus mehreren Gründen verschlossen (Erfahrungen mit der jüngsten Militärdiktatur, internationaler Kontext). Vor allem aber fehlte jeglicher Anreiz für ein traditionelles Eliten-Bündnis mit dem Militär, denn von den Protestbewegungen ging ihrerseits keinerlei Systemgefährdung – etwa in Form eines alternativen Gesellschaftsprojektes, einer linkspopulistischen Wende à la Venezuela oder außer Kontrolle geratender anarchischer Zustände – aus. Auch die konkrete Forderung nach Auflösung von Parlament, Regierung und Oberstem Gericht durch eine verfassunggebende Versammlung, die 2002 durchaus breite gesellschaftliche Unterstützung fand, verschwand mit dem Auseinanderbrechen der dahinter stehenden Protestkoalition schnell von der politischen Agenda.

Die Formen der sozialen Proteste selbst zeigen sich somit *viertens* als zentraler Schlüssel zur Erklärung von De- wie Restabilisierung. Hochgradig fragmentierte, heterogene, spontan alliierte und primär lokal organisierte Protestgruppen prägen das Auf und Ab der Protestkonjunktur. Eine programmatische Plattform, auf der sich größere gesellschaftliche Allianzen bilden könnten, fehlt völlig. Und die konkreten „sozialen Innovationen“ (Tauschringe, Übernahmen verlassener Fabriken, lokale Volksversammlungen) bedeuten de facto einen Beitrag der Proteste zur Stabilisierung sozioökonomisch prekärer Verhältnisse. Diese Formen der Proteste lassen sich auf den soziostrukturellen Wandel zurückführen, der mit der neoliberalen Restrukturierung Argentiniens einherging. Die gegenwärtige gesellschaftliche Konstellation, die durch eine markante Schwäche

der organisierten Arbeiterschaft, durch Informalisierung und Prekarisierung von Arbeit, durch die Verbreitung von „alter“ und „neuer“ Armut, durch soziale Fragmentierung und Individualisierung charakterisiert ist, begrenzt systematisch die Möglichkeiten sozialer Organisation und kollektiver Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Schichten. In diesem Kontext, so die zentrale These des vorliegenden Standpunktes, kann nun in der Tat ein relativ begrenztes Maß an Input-, Output- und negativer Legitimität der real-existierenden Demokratie genügen, um die Stabilität des innerstaatlichen Friedens zu sichern. Ob so allerdings gesellschaftlicher Zusammenhalt langfristig gewährleistet werden kann, muss hier – ganz abgesehen von der Frage der normativ begründeten Kritik an dieser Form „neoliberaler Demokratie“ – eine offene Frage bleiben.

Die 1990er Jahre: Vom Erfolgsmodell zum Zusammenbruch

Die Wirtschaftskrise Argentiniens in ihren diversen Ursachen und Dimensionen ist vielfach analysiert und bewertet worden. Hier soll deshalb nur ein kursorischer Überblick gegeben werden.

Die gesetzlich festgeschriebene Bindung der argentinischen Währung, des Peso, an den US-Dollar im Verhältnis 1-zu-1 bildete den Kern des wirtschaftspolitischen Modells der 1990er Jahre. Carlos Menem von der in der Tradition Peróns stehenden „Gerechtigkeitspartei“ (*Partido Justicialista*, PJ) war 1989 mit weitgehend traditionell peronistischen, d.h. auf die organisierte Arbeiterschaft und die unteren Schichten abzielenden, Parolen gewählt worden (siehe Übersicht zum Peronismus auf Seite 7). Zur Bekämpfung der von der Vorgängerregierung

Zufriedenheit mit der Demokratie

Jahr	Argentinien	☉ Lateinamerika
1996	34	27
1997	42	41
1998	49	37
1999/2000	46	37
2001	20	25
2002	8	32
2003	34	28

Annote der Befragten in %, die sich „zufrieden“ oder „nicht zufrieden“ mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land äußern.
Quelle: Latinobarómetro, <http://www.latinobarometro.org>.

Kleines Wörterbuch zur Argentinienkrise

asambleas populares

Volksversammlungen; lokale Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation, auf Stadtteil- und Nachbarschaftsebene (deshalb auch *asambleas barriales* bzw. *asambleas vecinales*), die im Nachgang der Proteste Ende 2001 entsteht

cacerolazo

Demonstrationsform, insbesondere der Mittelschichten, die die Demonstrationen Ende 2001 und Anfang 2002 prägt und deren Kennzeichen das massenhafte Schlagen von Kochtöpfen (*cacerolas*) und Pfannen ist

corralito

wörtlich: Gehege, Laufstall, Zwinger; Begriff für das weitgehende Einfrieren der Bankguthaben (Beschränkung von Bargeldabhebungen auf 1.000 Peso pro Monat). Der *corralito* wurde Ende 2001 per Notdekret verordnet, ab Herbst 2002 nach und nach aufgehoben, nachdem allerdings die Dollarguthaben in argentinische Pesos umgewandelt worden waren

fábricas recuperadas

von insolventen Unternehmen verlassene Fabriken, die von den Arbeitern übernommen und in Eigenregie weitergeführt werden; einerseits führen diese Übernahmen zu teils harten Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und der Polizei, andererseits werden einzelne Fabriken auch offiziell enteignet und den Beschäftigten überlassen

pesificación

in etwa: „Pesifizierung“; Begriff für den Prozess der Entdollarisierung, mit dem im Laufe des Jahres 2002 alle auf US-Dollar lautenden Forderungen und Verbindlichkeiten sowie private Verträge wie Mieten u.ä. auf argentinische Pesos umgestellt wurden

piqueteros

Bezeichnung der organisierten Arbeitslosen, die ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre massive, oft tagelange Straßenblockaden (*piquetes*) als zentrale Protestform etablieren

Fortsetzung auf Seite 5

geerbten Hyperinflationskrise setzte Menem nach seiner Wahl allerdings auf einen harten Kurs der wechselkursorientierten Stabilisierung des Geldwertes: Mit der festen Bindung des Peso an den Dollar 1991 ging die Einrichtung eines so genannten *currency board* einher – ihrer geld- und währungspolitischen Funktionen weitestgehend beraubt, durfte die Zentralbank Pesos nur mehr dann ausgeben, wenn diese durch harte Devisen gedeckt waren.

Ein solches *currency board*-System bekämpft die Inflation auf doppelte Weise. Zum Ersten koppelt es die Steigerung der nationalen Geldmenge an den Zufluss internationaler Devisen. Damit einher geht ein relativ hohes Zinsniveau, um die Attraktivität der nationalen Währung zu steigern. Zum Zweiten drückt die Wechselkursbindung auf das interne Preisniveau: Mit jeder Erhöhung der Binnenpreise werden ausländische Importgüter billiger, die eigenen Exporte dagegen teurer. Eine solche reale Aufwertung senkt – da die Importe steigen, während die Exporte zurückgehen – nun ihrerseits den Zufluss ausländischer Devisen, begrenzt somit das interne Geldmengenwachstum.

Tatsächlich war die argentinische Strategie der Inflationsbekämpfung außerordentlich erfolgreich. Und nicht nur das: Mit weiteren neoliberalen Reformen aus dem Katalog des Internationalen Währungsfonds (IWF) gelang der Regierung Menem kurzzeitig eine eindruckliche Wachstumspolitik. Durch eine radikale Außenöffnung der nationalen Ökonomie, vor allem gegenüber den internationalen Finanzmärkten, konnte sich Argentinien als erfolgreicher *emerging market* etablieren und von den zu Beginn der 1990er Jahre weltweit nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitalströmen profitieren. Vor allem die umfassende Privatisierung staatlicher Unternehmen führte zu ansehnlichen ausländischen Direktinvestitionen – und damit auch zu den nötigen Dollarzuflüssen,

die trotz der harten Beschränkungen des *currency board* Wirtschaftswachstum ermöglichen.

In den Erfolgsbedingungen dieses argentinischen Modells finden sich zugleich die Gründe seines Scheiterns. Nach der erfolgreichen monetären Stabilisierung werden Wechselkursbindung und *currency board* zur ökonomischen Zwangsjacke: Die Wirtschaftspolitik ist nicht mehr in der Lage, auf ökonomische Schocks zu reagieren. Und solche Schocks kommen unvermeidlich. Im argentinischen Fall trat nicht nur die oben angesprochene reale Aufwertung gegenüber den USA ein. Vor allem wuchs die Überbewertung des Peso gegenüber Drittwährungen, die im Zuge von Währungskrisen ihrerseits gegenüber dem US-Dollar abwerteten. Die Finanzkrisen in Mexiko (1994/1995), Asien (1997/1998) und insbesondere Brasilien (1999) bedeuteten für Argentinien aber nicht nur einen massiven Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Sie führten auch zu einer generellen Abkehr internationaler Investoren und Kreditgeber von den Schwellenländern. Gleichzeitig flossen mit der zunehmenden Repatriierung der Gewinne ausländischer Unternehmen – direkte Folge der vorhergegangenen Kapitalimporte – harte Dollars ab, während nach dem Ausverkauf der staatlichen Unternehmen die Privatisierung als Devisenquelle versiegt. Hinzu kamen die steigenden Zins- und Tilgungszahlen ans Ausland, die mit der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stark anwachsenden, vor allem öffentlichen Verschuldung einhergingen. Die Auslandsverschuldung stellt dabei gewissermaßen die Kehrseite des *currency board*-Systems dar: Erstens macht gerade die fixe Bindung des Peso eine Verschuldung in Dollar besonders attraktiv. Zweitens ist es das *currency board* selbst, dass die Binnendynamik der Wirtschaft de facto an das Wachstum der Auslandsverschuldung koppelt – als Mittel gegen sinkende Kapitalim-

porte bleibt dem Staat nur mehr die Alternative zwischen einer Sparpolitik, die Rezession und Deflation vertieft, und dem Gegensteuern durch Auslandsverschuldung.

Die Folgen waren so vorhersehbar wie bitter. Die Kombination aus Handelsliberalisierung und Überbewertung resultierte in De-Industrialisierung und Arbeitslosigkeit, da auch begrenzte Produktivitätssteigerungen und Maßnahmen zur „Flexibilisierung der Arbeit“ den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit argentinischer Unternehmen nicht aufhalten konnten. Die Kombination aus sinkenden Kapitalimporten und wachsenden Finanzabflüssen verursachte (aufgrund der Devisenknappheit) steigende Zinsen und einen schrumpfenden Binnenmarkt, die Kombination aus Überbewertung und Hochzins führte direkt in Deflation und Rezession. Und als mit der massiven Abwertung des brasilianischen Real Anfang 1999 das Scheitern des *currency board* absehbar wurde, setzte der bekannte Kreislauf der Finanzkrise ein. Zweifel an der Dauerhaftigkeit der Dollarparität wie an der Zahlungsfähigkeit Argentiniens bewirkten auf den internationalen Finanzmärkten ein massiv steigendes „Länderrisiko“, d.h. einen wachsenden Zinsaufschlag auf argentinische Staatsanleihen. Der externe Schuldendienst wuchs also weiter, während das „mitwachsende“ interne Zinsniveau sowie die überbewertungsinduzierte Deflation private Schuldner (Individuen wie Unternehmen) im Inland in den Ruin trieb. Die Wirtschaft versank immer tiefer in der seit August 1998 andauernden Rezession.

Obwohl das Ende des argentinischen Wirtschaftsmodells mithin seit 1999 nur mehr als eine Frage der Zeit gelten konnte, hielt Präsident Fernando De la Rúa stur an der Dollarparität fest – vom IWF darin kräftig unterstützt.¹ In den Wahlen 1999 hatte De la Rúa von der „Radikalen Bürgerunion“ (*Unión Cívica Radical*, UCR), der neben den

Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit in Argentinien

	1990	1993	1998	10/2001	5/2002	5/2003
Armut, urban, in % der Bevölkerung	41,5	21,8	29,3	38,3	53,0	54,7
Extreme Armut (<i>indigencia</i>), in % der Bevölkerung	--	--	--	13,6	24,8	26,3
Arbeitslosigkeit, urban, in %	7,6	9,6	13,5	18,3	21,5	21,4
Differenz zwischen reichstem und ärmsten Zehntel der Bevölkerung, Einkommensmultiplikator	12 (1986)	18	24	28,7	34,2	--
Gini-Index	0,41 (1986)	0,45	0,48	0,50	0,535	--
Reallohn, in Preisen von 9/2002, gerundet	--	950	950	860	640	--

Quelle: Eigene Zusammenstellung

Peronisten zweiten, „liberalen“ Traditions-partei Argentinien, an der Spitze einer Koalition (*Alianza*) mit dem neuen Mitte-Links-Bündnis FREPASO (*Frente País Solidario*) die Peronisten geschlagen. Eine Abkehr von *currency board* und Dollarbindung war allerdings nach den anfänglichen wirtschaftspolitischen Erfolgen der Strategie – insbesondere dem Sieg über die Hyperinflation – zu einem parteiübergreifenden Tabu geworden. Diesem Tabu lag ein reales Dilemma zu Grunde. Im Zuge der Hyperinflation wie der Reformen der 1990er Jahre war der Dollarisierungsgrad des argentinischen Finanzsystems massiv angestiegen. Und bei größtenteils auf Dollar lautenden Einlagen und Verbindlichkeiten würde eine starke Abwertung nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch Banken, Unternehmen und Privatleute in den Ruin treiben. Es bedurfte deshalb erst der umfassenden Eskalation der Krise in der sozialen „Explosion“ vom Dezember 2001, um die Abkehr vom argentinischen Modell zu erzwingen.

Dezember 2001: Die soziale „Explosion“ der Krise

Im Unterschied zum ökonomischen Zusammenbruch kam die soziale „Explosion“ (*estallido social*) vom Dezember 2001 für viele Beobachter überraschend. Gleichwohl entstand auch die soziopolitische Krise selbstverständlich alles andere als aus dem Nichts. Im Folgenden sollen zunächst knapp die wichtigsten Ursprünge der Dezemberunruhen dargestellt werden, um dann ebenso kurz die konkrete Eskalation der Ereignisse nachzuzeichnen.

Ab Mitte der 1990er Jahre hatte ein neuer gesellschaftlicher Akteur die politische Arena betreten: die Bewegung der *piqueteros* – Arbeitslosenorganisationen, die mit Blockaden wichtiger Straßen (*piquetes*) auf sich aufmerksam machten. Nicht nur die Arbeitslosigkeit hatte im Zuge der neoliberalen Reformen der Regierung Menem (Privatisierung, Außenöffnung, Deregulierung) und der Nebenwirkungen des *currency board* (De-Industrialisierung, Rezession) historische Ausmaße erreicht, auch die Indikatoren für Armut und soziale Ungleichheit verschlechterten sich zusehends (siehe Tabelle auf Seite 4). Am Anstieg der Straßen-

blockaden, bei denen in der Regel staatliche Sozialprogramme gefordert wurden, lässt sich die Eskalation der sozialen Krise ableiten: Nach ersten Straßenblockaden 1996 stieg die Anzahl der *piquetes* schnell an, über eine Blockadeaktion alle anderthalb Tage (1999), tägliche Blockaden (2000) auf vier bis fünf Blockaden pro Tag (2001). So wurden die sich auch landesweit organisierenden Arbeitslosenorganisationen zu einem bedeutenden, wenn auch keineswegs einheitlichen nationalen Akteur der argentinischen Protestlandschaft (s.u.).

Die Kehrseite des Aufstiegs der *piqueteros* war die massive Schwächung der Gewerkschaften. Dabei traf die „Neoliberalisierung“ (Ricardo Gutiérrez) der peronistischen Partei die organisierte Arbeiterschaft auf doppelte Weise. Zum einen – in Form des Anstiegs von Arbeitslosigkeit, informeller und prekärer Arbeit – unmittelbar. Zum anderen führte die umstrittene Haltung zur Regierung Menem zu einer Spaltung in drei konkurrierende Dachverbände: Da die argentinischen Gewerkschaften traditionell eng mit dem Peronismus verwoben sind, blieben viele Gewerkschaften der Regierung Menem trotz deren programmatischer Wende weitgehend treu. Erst mit dem Wechsel der peronistischen Partei in die Opposition nach dem Wahlsieg De la Rúa gelang es den Gewerkschaften wieder zunehmend geschlossen aufzutreten. Auch in der Kumulation landesweiter Generalstreiks in Reaktion auf die immer neuen Sparpakete der *Alianza*-Regierung 2000/2001 deutete sich die Zuspitzung der Lage an. Die insgesamt 13 Generalstreiks des damals noch vereinigten Gewerkschaftsdachverbandes hatten in den 1980er Jahren immerhin zum Scheitern der ebenfalls UCR-geführten Regierung Alfonsín beigetragen.

Am Ende sollten es aber weder die Gewerkschaften noch die Arbeitslosenorganisationen sein, die die Ereignisse vom Dezember 2001 prägten. Bestimmend wurde vielmehr die unorganisierte, aber in ihrer Ablehnung des Status quo sich einige Bevölkerung „als solche“. Zehn Jahre neoliberaler Reformen und drei Jahre der Rezession hatten dafür die Grundlagen gelegt: Nach Berechnungen des argentinischen Ökonomen Bernardo Kliksberg waren bereits im Verlauf der 1990er Jahre insgesamt sieben Millionen Menschen – ein Fünftel der Gesamtbevölkerung – von der Mittelklasse in die Armut

Fortsetzung von Seite 3

¡Que se vayan todos!

in etwa: „Alle sollen sie abhauen!“, zentrale „Forderung“ der Proteste, die sich gegen die gesamte politische Klasse Argentinien richtet

saqueos

Bezeichnung für die Plünderungen von Lebensmittelgeschäften

clubes de trueque

Tauschringe; Einrichtungen auf lokaler Ebene, in denen Bürger Güter und Dienstleistungen direkt (bzw. über eigene Quasi-Währungen, *créditos*, vermittelt) austauschen; seit 1995 breiteten sich die Tauschringe im Zuge der Krise über das ganze Land aus, brechen nach einem enormen Wachstum 2002 aber schließlich überlastet zusammen

voto bronca

in etwa: Protestwahl; Sammelbezeichnung für *votos en blanco* (Abgabe leerer Stimmzettel), *votos en nulo* (ungültig) und Wahlabstinenz (trotz Wahlpflicht)

abgestiegen. Mit Beginn des neuen Jahrtausends gewann der Anstieg von Armut und extremer Armut noch einmal an Fahrt, sodass nicht-staatliche Berechnungen von bis zu 80% verarmten Argentinern sprechen. Ein deutliches Alarmsignal der allgemeinen Unzufriedenheit ging von den Parlamentswahlen im Oktober 2001 aus, bei denen rund vier Millionen Argentinier (etwa ein Viertel der Wähler) ungültige Wahlzettel abgaben – und das bei trotz Wahlpflicht lediglich 74% Wahlbeteiligung.

Im Dezember 2001 überschlugen sich die Ereignisse. Nach einem Massenansturm auf die Banken und einer gigantischen Kapitalflucht im November zog die Regierung am 1. Dezember die Notbremse: Bargeldabhebungen wurden auf 1.000 Peso pro Monat begrenzt, Auslandsüberweisungen waren ab sofort genehmigungspflichtig. Dieser sogenannte *corralito* brachte das Fass gesellschaftlicher Unzufriedenheit – das von Sparpaket zu Sparpaket randvoll angelaufen war – zum Überlaufen. Das weitgehende Einfrieren der Bankguthaben trocknete die noch verbliebenen formellen Wirtschaftsaktivitäten aus und machte die Situation insbesondere für Kleinsparer, Kleinhandel und generell für die städtischen Mittelschichten endgültig untragbar. Gleichzeitig legte die Regierung einen Haushaltsentwurf für 2002 vor, der weitere drastische Einsparungen vorsah und auf den die Gewerkschaftsverbände mit einem gemeinsamen Generalstreik reagierten.

Ab dem 12. Dezember spitzte sich die Situation landesweit zu, zunehmend gewaltsame Unruhen griffen auch auf die Hauptstadt über. Dabei bestimmen zwei Phänomene die Protestlandschaft: Plünderungen von Supermärkten (*saqueos*), die das Ergebnis heterogener und spontaner Allianzen mittelloser Unterschichten sind, sowie *cacerolazos*, „Kochtopf-Demonstrationen“, die geprägt sind von der Wut der (ehemaligen) städtischen Mittelschichten. Die politischen Reaktionen – Repression durch die Exekutive, Passivität auf Seiten der Parteien – verschärfen die Stimmung. Die Rechnung der Regierung, mit der gewaltsamen Wiederherstellung der Ordnung die plündernden Unterschichten und die „friedlichen Nachbarn der Hauptstadt“ zu spalten, geht nicht auf. Am 19. Dezember herrscht in Buenos Aires ein „Klima des zivilen Aufstands“ (Ángel Jozami), die *Plaza de Mayo* mit dem Sitz der

Regierung wird zum Epizentrum regelrechter Straßenschlachten. De la Rúa ruft den nationalen Notstand aus, die Bevölkerung reagiert mit einem großen *cacerolazo*. Nachdem sein gesamtes Kabinett zurücktritt – darunter Domingo Cavallo, der Architekt des *currency board*, den De la Rúa zuletzt als „Superminister“ in die Regierung aufgenommen hatte –, der Versuch zur Bildung einer Notstandsregierung am Widerstand der Peronisten scheitert und sich die Proteste weiter zuspitzen, flieht De la Rúa am 20. Dezember an Bord eines Hubschraubers aus dem Präsidentenpalast. Die zweitägigen Unruhen haben rund 30 Tote und viele Hundert Verletzte gefordert.

Mit dem Rücktritt des gewählten Präsidenten stürzt das politische System in eine ernste Krise. Den politischen Akteuren gelingt es aber, das mit dem Rücktritt der kompletten Regierung entstandene politische Vakuum durch parteipolitische Aushandlungsprozesse im Rahmen der Verfassung von 1994 zu füllen. Senatspräsident Ramon Puerta (PJ) übernimmt kommissarisch die Amtsgeschäfte, bis der Kongress am 22. Dezember – entsprechend der peronistischen Mehrheiten in beiden Häusern – Adolfo Rodríguez Saá (PJ) zum Interims-Präsidenten wählt. Rodríguez Saá gibt bekannt, Argentinien werde die Bedienung der Auslandsschulden einstellen, betont aber, an der bisherigen Währungs- und Finanzpolitik festhalten zu wollen. Nachdem er zentrale Figuren der Menem-Ära in sein Kabinett holt und einen mehrtägigen Bankfeiertag ausruft, kommt es allerdings erneut zu schweren Unruhen im ganzen Land sowie zu einem weiteren großen *cacerolazo* in Buenos Aires.

Am 30. Dezember gibt Rodríguez Saá den andauernden Protesten nach und tritt ebenfalls zurück. Senatschef Puerta weigert sich, erneut einzuspringen; das Amt fällt deshalb an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses. In einer gemeinsamen Sondersitzung am Neujahrstag bestimmt der Kongress schließlich Eduardo Duhalde (PJ) zum Präsidenten, der das Amt bis zu Direktwahlen Ende 2003 ausüben soll. Duhalde, der als langjähriger Gouverneur der Provinz Buenos Aires



über eine starke peronistische Hausmacht verfügt (*Duhaldismo*), gleichzeitig aber als Gegenspieler Menems schon frühzeitig mehr soziale Gerechtigkeit eingefordert hatte, bildet eine „Regierung der nationalen Einheit“, die auf die Unterstützung von PJ, UCR und FREPASO zählen kann. In der Folge räumt das Parlament der Regierung auf ein Jahr befristete Sondervollmachten ein, die Dollarbindung des Peso wird zunächst teilweise aufgehoben, später der Wechselkurs komplett freigegeben. In seiner Antrittsrede betont der neue Präsident zudem, es gelte, das Wirtschaftsmodell zu beenden, das der großen Mehrheit des Volkes nur Verzweiflung gebracht habe.

Unterdessen nehmen die Massenproteste kein Ende. Schließlich ist es wiederum die breite Bevölkerung, die durch die massive Abwertung des Peso um mehr als 70% sowie die anziehende Inflation an Kaufkraft verliert, während die Bankguthaben unvermindert eingefroren bleiben. Neben auf Buenos Aires konzentrierten Demonstrationen gegen den *corralito* kommt es auch zwischen *piqueteros* und der Polizei weiterhin zu schweren Zusammenstößen. Nicht nur das: Mit Volksversammlungen auf Stadtteil- und Nachbarschaftsebene (*asambleas populares*) entwickelt sich, im Anschluss an die Proteste vom Dezember 2001, eine neue Form der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Auch erlebt mit der Einführung des *corralito* die Parallelökonomie der Tauschringe (*clubes de trueque*), über die Bürger seit 1995 einen Austausch von Gütern und Dienstleistungen organisiert hatten, ein explosionsartiges Wachstum. Und im Zuge der fortgesetzten Firmenpleiten übernehmen immer mehr Beschäftigte in Eigenregie von insolventen Unternehmen verlassene Fabriken (*fábricas*

Auch im Frühjahr 2002 hielten die Proteste im ganzen Land an. Während Arbeitslose mit Straßensperren für staatliche Unterstützung kämpften, forderte der städtische Mittelstand vor allem Zugang zu seinen Konten. Die heterogene Zusammensetzung der Protestierenden und ihr geringer Grad an Organisiertheit kann als ein Grund dafür gelten, dass die Unruhen allmählich im Laufe des Jahres 2002 verebbten.

Bilder: Nicolas Pousthomis



recuperadas). Währenddessen erreichen Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ungleichheit stets neue Höchstwerte.

2002/2003: Von der Restabilisierung zum „K-Effekt“

Zentral für die allmähliche Abkühlung der Proteste im Laufe des Jahres 2002 ist unzweifelhaft eine gewisse materielle Linderung der Krisenfolgen. Die Regierung Duhalde legt verschiedene Nothilfeprogramme für Arbeitslose und arme Familien auf, die weitere Wellen von Plünderungen verhindern. So erhalten mit dem im April aufgenommenen *Plan Jefes y Jefas de Hogar* etwa zwei Millionen arbeitslose Haushalte monatliche Zahlungen von circa 50 Euro. Die Aufnahme sozialer Hilfsprogramme bedeutet aber nicht „nur“ die Bekämpfung materieller Not. Einerseits reaktiviert die peronistische Partei dabei auch etablierte Patronagestrukturen auf lokaler und provinzieller Ebene, die mit der „Neoliberalisierung“ der peronistischen Partei zum primären Mechanismus zur Bindung der unteren Schichten an Partei und Staat geworden waren, mit der Finanzkrise der öffentlichen Hand aber zuletzt weitgehend „ausgetrocknet“ waren. Andererseits dient beispielsweise die Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen über die lokalen *piquetero*-Verbände der politischen Re-Integration konkreter Protestgruppen. Der Peronismus kann so seine alte sozial-integrative Kraft zumindest teilweise wieder erlangen.

Gleichzeitig unterbindet die Regierung durch das Einfrieren der Tarife der privatisierten Versorgungsunternehmen (Strom,

Gas, Wasser, Telefon u.a.) trotz Inflation und Abwertung eine im Zuge von Finanzkrisen „übliche“ Quelle sozialer Unruhen. Und den endgültigen Ruin in den Reihen der Mittelschicht und der binnenmarktorientierten Unternehmen, den die Aufwertung von Dollar-Schulden im Zuge der Peso-Abwertung bedeutet hätte, verhindert eine asymmetrische Entdollarisierung (*pesificación*) des Finanzsystems: Während Dollar-Schulden zum alten Kurs von 1-zu-1 umgewandelt werden, werden sämtliche Einlagen auf 1,40 Peso/Dollar umgestellt. Das bedeutet eine direkte Entlastung für verschuldete Unternehmen wie Haushalte, während die Wechselkursdifferenz einerseits von den Banken getragen wird, andererseits aber vor allem von den Sparern, deren 1,40 Peso nach der Freigabe des Wechselkurses weniger als einen halben Dollar wert sind. Die Sparer werden ihrerseits mit der schrittweisen Freigabe der Bankguthaben ab Herbst 2002 besänftigt.

Basis der sich hier zeigenden begrenzten staatlichen Handlungsspielräume ist das Schuldenmoratorium. Die weitgehende Aussetzung des Schuldendienstes bildet den größten Posten der Sparpolitik, auf die auch die Regierung Duhalde unvermindert setzt. Denn schließlich zielt Duhalde weiterhin auf die Unterstützung des IWF, der 2002 zunächst einen Aufschub für die Rückzahlung fälliger Teilkredite und im Januar 2003 auch wieder „frisches Geld“ bewilligt. Kredite von Interamerikanischer Entwicklungsbank und Weltbank tragen ihrerseits zur Finanzierung sozialer Hilfsprogramme bei. Außerdem gelingt im Laufe des Jahres 2002 – im Kontext eines real um 11% fallenden Bruttoinlandsprodukts, sinkender Reallöhne und steigender Armut – eine gewisse makroökonomische Stabilisierung. Mit den einbrechenden Im-

Kleines Wörterbuch zum Peronismus

Peronismo

Nach Juan Domingo Perón, zweifacher Präsident (1946-1955, 1974); Peronismus und peronistische Partei (*Partido Justicialista*, PJ, Gerechtigkeitspartei) stehen traditionell für eine populistische, linksnationalistische Bewegung, die Programmatik kombiniert Sozialpolitik und Autoritarismus, staatlich induzierte Industrialisierung und Binnenmarktorientierung, begrenzte Umverteilung und Stärkung der Arbeiterschaft; soziale Basis sind die eng an Staat und Partei gebundenen Gewerkschaften sowie die Unterschichten; zentrale Gegner sind die traditionelle Oligarchie sowie die nicht-peronistische Linke. Die Auseinandersetzung zwischen Peronismus und Anti-Peronismus bestimmt die argentinische Politik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts; 1955 und 1976 werden peronistische Regierungen in Militärputschen gestürzt.

Menemismo

Nach Präsident Carlos Menem (1989-1998); steht für die Transformation des Peronismus im Sinne von „Neoliberalisierung“ und „Entgewerkschaftlichung“ (*desindustrialización*); die fortgesetzte Anbindung der unteren Schichten an den PJ basiert neben der personalistisch-populistischen Ansprache und dem Sieg über die Hyperinflation vor allem auf Patronagenetzwerken (siehe *Duhaldismo*). Korruption – besonders auch bei der Privatisierung der Staatsunternehmen – wird zum zentralen Merkmal des von Menem geprägten „argentinischen Neoliberalismus“. Aktuell steht *menemismo* für die Strömung innerhalb des PJ, die gegen Duhalde und Kirchner weiterhin auf das Wirtschaftsmodell der 1990er Jahre setzt.

Duhaldismo

Nach Präsident Eduardo Duhalde, der als langjähriger PJ-Gouverneur der Provinz Buenos Aires (1991-1999) zum Symbol patronage-basierter Führung wird: Die gezielte Vergabe von staatlichen Ressourcen (Infrastruktur- und Sozialprogramme, öffentliche Stellen) für und durch „duhaldistische“ Politiker auf allen Ebenen ermöglicht einerseits die Kontrolle des Parteiapparats durch loyale Politiker, andererseits die lokale Anbindung nicht-organisierter „Klienten“ (Arme, Arbeitslose, informeller Sektor) an die Parteistrukturen. Aktuell steht *duhaldismo* für die Strömung innerhalb des PJ, die gegen Menem und das Modell der 1990er Jahre auf Duhalde und Kirchner setzt; jüngst zeigen sich allerdings zunehmende Spannungen zwischen *duhaldismo* und Kirchner-treuen Peronisten (*kirchnerismo*).

porten verbessert sich Argentiniens Handelsbilanz deutlich, die Leistungsbilanz wird erstmals seit 1990 wieder positiv. Auch der befürchtete Inflationsschub kann in Grenzen gehalten werden, und der Wechselkurs stabilisiert sich bei etwa 3 Peso/Dollar. Generell führt das niedrige Niveau von Währung und Reallohn zu einer Erholung der Rentabilität argentinischer Unternehmen. Vor allem arbeitsintensive Branchen der Textil- und Metallindustrie beginnen infolge der Importsubstitution wieder zu wachsen; bei den Exporten profitieren allerdings vor allem Primär- sowie landwirtschaftsnahe Manufakturwaren (Getreide, Soja, Fleisch, Öl).

Diese materielle Linderung der Krisenfolgen bleibt allerdings insgesamt – wie u.a. die nur geringfügig sinkenden Armuts- und Arbeitslosenraten zeigen – klar begrenzt. Die Öffnung der Politik gegenüber den protestierenden Gruppen ist daher als zweite zentrale Dimension der Krisenbearbeitung anzusehen. So empfangen Präsident Duhalde wie dessen Nachfolger Kirchner u.a. die diversen Arbeitslosenorganisationen und gehen einerseits rhetorisch, andererseits in Form konkreter Zugeständnisse auf Kritik und Forderungen ein. Bereits bei seinem Amtsantritt greift Duhalde außerdem eine Initiative der Katholischen Kirche und des *United Nations Development Programme* (UNDP) auf: In einem landesweiten Prozess Runder Tische (*Diálogo Argentino*) beginnen breite gesellschaftliche Diskussionen über Auswege aus der Krise. Diese Dialog- und Kompromissstrategie funktioniert im Sinne sowohl einer politischen Re-Integration der „moderaten“, als auch einer Marginalisierung der „radikaleren“ Fraktionen. Die teils brutale Repression von bestimmten, als „Gewaltakteure“ kriminalisierten Gruppen stellt insofern die Kehrseite der politischen Öffnung von Kanälen „zivilisierten“ Konfliktaustrags gegenüber dem Gros der Protestfront dar.

Als wichtiger Schritt im Prozess der sozialen Beruhigung erweist sich die Vorverlegung der Präsidentschaftswahlen auf das Frühjahr 2003, die Duhalde in Reaktion auf die andauernden Proteste im Juli 2002 ankündigt. Mit den bevorstehenden Wahlen verlagern sich die soziopolitischen Debatten wieder zunehmend von außerparlamentarischen Protest- und Verhandlungsforen in Richtung der politischen Institutionen. Dies allerdings in einer Weise, die neue Befürchtungen weckt: Einerseits tritt eine breite Protestkoalition für

die Auflösung von Parlament, Regierung und Oberstem Gericht durch eine verfassunggebende Versammlung ein und ruft für die Präsidentschaftswahl zur Abgabe ungültiger Stimmzettel auf. Andererseits entbrennen innerhalb der etablierten Parteien harte Machtkämpfe. Nachdem die UCR bereits mit dem Scheitern De la Rúas den Weg in die Bedeutungslosigkeit angetreten hatte, scheint die peronistische Partei zeitweise den Radikalen nachzuzufolgen. Nach heftigen internen Querelen treten im April 2003 schließlich mit dem Altpräsidenten Menem, dem Kandidaten Duhalde Néstor Kirchner sowie dem glücklosen Interims-Präsidenten Rodríguez Saá gleich drei PJ-Politiker zur Wahl an.

Letztlich ist es aber gerade diese Zersplitterung des Parteiensystems, die den Wählern eine Entscheidung zwischen fünf einigermaßen aussichtsreichen Kandidaten, die zumindest programmatisch für sehr verschiedene Wege stehen, ermöglicht: für die schlichte Rückkehr in die Vergangenheit (Menem), für einen klaren, um den Faktor Korruption bereinigten Neoliberalismus (Ricardo López Murphy, Ex-UCR), für einen an Duhalde Stabilisierungspolitik anknüpfenden, neo-keynesianisch gewendeten Peronismus (Kirchner), für einen populistisch auftretenden, traditionellen Peronismus (Rodríguez Saá) sowie für eine gegen

dass Menem seine Kandidatur vor der Entscheidung zurückzieht, obwohl er die erste Runde knapp für sich entscheiden konnte (24% gegenüber 22% für Kirchner).

Obwohl die demokratische Legitimation des neuen Präsidenten mit einem knappen Fünftel der Wählerstimmen somit äußerst gering ist, und viele bereits eine erneute Zuspitzung der politisch-institutionellen Krise erwarten, gelingt Kirchner die durchaus erstaunliche Leistung, auch nach Amtsantritt die breite Zustimmung zu sichern, die zunächst allein auf seinem Status als dem gegenüber Menem geringeren Übel beruht hatte. Ohne in die Tagespolitik einzusteigen, soll hier nur knapp die Wirkungsweise des „K-Effekts“ skizziert werden: Rhetorik und konkrete Maßnahmen, die Kirchner eine bis dato ungebrochene Zustimmung bescherten, gehen unmittelbar auf die Kritik der Proteste ein, indem sie in Richtung einer „Dememisierung“² des Landes weisen. Dies gilt erstens für wirtschaftspolitische Äußerungen, die die Eigenständigkeit Argentiniens gegenüber IWF und USA sowie in neo-keynesianischer Manier Binnenmarkt und aktiven Staat hervorheben. Wie schon Duhalde setzt Kirchner außerdem auf gezielte sozialpolitische Zugeständnisse. Eine gewisse wirtschaftspolitische Neujustierung im Interesse des Binnenmarktes wird dabei auch von weiten Teilen der nationalen Wirtschaft akzeptiert, die letztendlich mit zu den Opfern des argentinischen Modells der 1990er Jahre gehörten.

Konkret überzeugen kann Kirchner bisher aber vor allem auf einem anderen Feld: Direkt nach seinem Amtsantritt wendet er sich den vielseitig diagnostizierten „Defekten“ der argentinischen Demokratie in den Bereichen der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit zu. So erreicht er nicht nur – und das sehr wohl egoistisch motiviert – den Rücktritt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, der als Symbol für die berüchtigten, Menem-treuen Urteile des Gerichts stand, sondern reformiert zugleich den bislang durch Intransparenz und Dominanz des Präsidenten gekennzeichneten Prozess der Richterernennung. Auch in der Frage der juristischen Aufarbeitung der Verbrechen aus Zeiten der Militärdiktatur, im Umgang mit dem Militär- und Polizeiapparat sowie im Kampf gegen Korruption zeigt Kirchner bisher eine klare Linie, die wiederum der Stimmung im Land entspricht.

Zufriedenheit mit der Demokratie

Jahr	Argentinien	☉ Lateinamerika
1996	34	27
1997	42	41
1998	49	37
1999/2000	46	37
2001	20	25
2002	8	32
2003	34	28

Annote der Befragten in %, die sich „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land äußern.
Quelle: Latinobarometro, <http://www.latinobarometro.org>

Neoliberalismus und Korruption stehende Mitte-Links-Alternative zum herkömmlichen Parteiensystem (Elisa Carrió, Ex-UCR). Und gerade die Kandidatur Menems – der Symbolfigur des politischen Systems der 1990er Jahre – ist es, die die überragende Mehrheit der potenziellen Protestwähler am Ende doch zur gültigen Wahl treibt. Dieser „Anti-Menemismus“ bestätigt sich in den Umfragen vor der Stichwahl, in denen Kirchner mit über 70% so klar in Führung liegt,

Während die begrenzten bzw. angekündigten materiellen Leistungen einen ersten Schritt zur Restaurierung der im Zuge der 1990er Jahre ruinierten „Output-Legitimität“ des politischen Systems darstellen, sind es also andererseits insbesondere demokratisch-institutionelle Maßnahmen, die über eine gewisse Erhöhung der „Input-Legitimität“ zur soziopolitischen Restabilisierung beitragen: die Eröffnung von Dialog- und Verhandlungskanälen, die Ankündigung und Durchführung von Wahlen, Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie. Hier ist bereits die politische Bearbeitung der Staatskrise Ende 2001 einzuordnen, bei der es gelingt, durch zahlreiche Rücktritte auf die Forderung des „Que se vayan todos“ einzugehen, dabei aber gleichzeitig auf der Basis der existierenden Institutionen (Kongress, Verfassung von 1994, Parteiapparate) die Polarisierung und Fragmentierung zwischen und in den Parteien zumindest temporär zu überbrücken.

Grundlage einer solchen Stabilisierung durch ein (zugegebenermaßen vorsichtiges) Mehr an Demokratie ist der generelle Charakter der Krise als demokratie-interner Auseinandersetzung. So werden im gesamten Krisenverlauf – bei allen konkreten gewaltsamen Verstößen nicht zuletzt auf Seiten des Staates selbst – die demokratischen *rules of the game* durch keinen relevanten Akteur in Frage gestellt. Dies zeigen nicht zuletzt die Umfragedaten des *Latinobarómetro*, denen zufolge es 2002 zwar zu einem dramatischen Verfall der Zufriedenheit mit der Funktionsweise aller demokratischen Institutionen, gleichzeitig aber zu einer wachsenden generellen Zustimmung zur Demokratie kommt (siehe Tabelle auf Seite 8). Die „Explosion“ vom Dezember 2001 zeigt sich eben in keiner Hinsicht als traditionelle Krise argentinischen Typs: Weder die organisierte Arbeiterschaft und ein populistischer Peronismus auf der einen, noch ein Bündnis konservativer Eliten mit dem Militär treten als zentrale Kräfte in Erscheinung. Dies ist zum Teil durch die Abwesenheit jeglicher großer Alternativen zu erklären, die die gegenwärtige globale Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kennzeichnet, hat aber auch spezifisch argentinische Gründe.

Erstens ist die jüngste Militärdiktatur (1976-1983) nicht „nur“ als besonders brutal, sondern im Unterschied zu Chile unter Pinochet auch als wirtschaftlich sowie außenpolitisch (Falklandkrieg) gescheitert in

Erinnerung, und das Militär somit als politischer Akteur weitestgehend disqualifiziert. Entsprechend war das Militär in keiner Weise in die Krise und ihre Bearbeitung einbezogen, und der ehemalige argentinische Heereschef Martin Balza betonte frühzeitig: „Die Krise der demokratischen Werte wird mit mehr Demokratie gelöst.“⁴ Hierfür ist allerdings auch nicht unerheblich, dass der internationale Kontext eine Abkehr Argentiniens von der Demokratie mit klaren Kosten belegt hätte: Die internationalen Finanzmärkte, IWF, Weltbank und die bilateralen Gläubiger wie die in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zusammengeschlossene westliche Hemisphäre dürften aller Voraussicht nach klar negativ auf jede Abkehr vom institutionellen Status quo reagiert haben.

Zweitens stellt sich der globale Umbruch der 1980er und 1990er Jahre in Argentinien als spezifischer Wandel des Peronismus und seiner traditionellen Verbündeten dar: Die Neoliberalisierung der peronistischen Partei unter Menem, die Schwächung und Spaltung der organisierten Arbeiterschaft und das Auftreten neuer, weitaus diffuserer Protestkoalitionen verhindern eine Polarisierung und damit Zuspitzung der Krise. Zentral ist hier der Wandel des PJ von einer de facto Arbeiterpartei zu einer Partei, die die Ablösung von den Gewerkschaften und die Übernahme neoliberaler Programmatik mit der fortgesetzten Anbindung der Unterschichten über Personalisierung und klientelistische Patronagenetzwerke auf provinzieller und lokaler Ebene verbindet.³ Dies intensivierte zum einen die genannte Schwächung der organisierten Arbeiterschaft. Zum anderen fanden die Regierungen Duhalde und Kirchner in den genannten Patronagenetzwerken etablierte Strukturen für die Kanalisierung sozialer Kompensationen im Sinne einer parallelen Förderung von gesellschaftlicher Stabilität und (partei-) politischem Rückhalt. Dennoch stellt sich die peronistische Partei nach der Neoliberalisierung unter Menem aber keineswegs als homogene Partei dar, sodass es dem PJ *drittens* gelingen konnte, die Auseinandersetzungen über den richtigen Ausweg aus der Krise letztlich als Entscheidung zwischen peronistischen Kandidaten zu strukturieren. Die grundsätzliche Kontinuität – sei es des politischen Systems, der Stellung der politischen und ökonomischen Eliten oder der Grundparameter

Weiterführende Literatur

Zur Wirtschaftskrise

Jan Joost Teunissen, Age Akkerman (Hg.), *The Crisis That Was Not Prevented. Lessons for Argentina, the IMF, and Globalisation*, The Hague (FONDAD) 2003

Susan M. Collins, Dani Rodrik (Hg.), *Brookings Trade Forum 2002*, Washington DC (Brookings Institution Press) 2003

Manuel Pastor, Carol Wise, *From Poster Child to Basket Case*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 80, Nr. 6 (Nov./Dez. 2001), S. 60-72

„Argentinien – Ende eines Modells“, Themenschwerpunkt in: *Latinamerika Analysen*, Jg. 1, Nr. 2, Juni 2002, Hamburg (Institut für Iberoamerika-Kunde), 2002

Zu Protest und politischer Krise

Colectivo Situaciones, *¿Que se vayan todos!, Krise und Widerstand in Argentinien*, Berlin (Assoziation A) 2003

Leonardo Filippini, *The Popular Protest in Argentina*. December 2001, 1.3.2002, Buenos Aires (Centro de Estudios Legales y Sociales), www.cels.org.ar (Zugriff am 30.9.03)

Ángel Jozami, *Argentina. La destrucción de una nación*, Barcelona (Mondadori) 2003

Hector E. Schamis, *Argentina: Crisis and Democratic Consolidation*, in: *Journal of Democracy*, Jg. 13, Nr. 2 (April 2002), S. 81-94.

Links

<http://www.imf.org> & <http://www.worldbank.org>
Auf den jeweiligen Seiten zu Argentinien finden sich zahlreiche Berichte aus Sicht von IWF und Weltbank.

<http://www.stern.nyu.edu/~nroubini/asia>
Auf Nouriel Roubini's „Global Macroeconomic and Financial Policy Site“ finden sich zahlreiche Beiträge und Links zur Argentinienkrise.

<http://argumentos.fsoc.uba.ar>
In der Internet-Zeitschrift „Argumentos“ des Instituto de Investigaciones Gino Germani finden sich Beiträge zu Politik, Gesellschaft, Krise und Protest in Argentinien.

<http://www.nadir.org/nadir/initiattiv/agp/free/imf/argentina/>
Homepage „Struggles in Argentina“ mit Links zu zahlreichen Beiträgen aus Perspektive sozialer Protestbewegungen.

<http://www.iade.org.ar/iade/Dossiers/xq/primera.html>
Dossier des Instituto Argentino para el Desarrollo Económico mit diversen „Interpretationen der Argentinienkrise“

der Wirtschaftspolitik – erschien so zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gefährdet. Weder ein linkspopulistischer Weg à la Venezuela unter Chávez noch ein Weg zurück in Protektionismus und Staatsinterventionismus standen zur Diskussion.

Einen zentralen Schlüssel zur Erklärung ist also in der Konstellation einer komplexen Fragmentierung der politischen Landschaft an Stelle einer klaren Polarisierung zu sehen. Dies gilt einerseits für das politische und ökonomische *Establishment*: Sowohl die

die neoliberal restrukturierte Gesellschaft erfolgreicher sozialer Mobilisierung in den Weg stellt: Der konsumorientierte Mittelschichtbürger, der nicht gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte des Dienstleistungs- oder des informellen Sektors, der atomisierte „neue Arme“ – alle können sie sich zum Lärm der Kochtöpfe individuell auf die Straße bewegen und mit demonstrieren. Aber mit dem Protest hat sich das Organisationspotenzial offensichtlich erschöpft. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Forderung des „Que

Arbeit, Arbeitslosigkeit, De-Industrialisierung und der Aufschwung des Dienstleistungssektor verändern die sozialen Mobilisierungs- und Protestpotenziale wie deren Formen: *saqueos*, *cacerolazos* und *piqueteros* statt Generalstreiks, lokale Nachbarschaftsversammlungen statt parteigestützte Massenmobilisierungen, instabile und durch die akute Krise angetriebene statt langfristig ausgerichtete Organisation. Die soziale Beruhigung zeigt sich dementsprechend nicht einfach als neue Zufriedenheit der Bevölkerung, sondern auch als Akzeptanz der derzeitigen Grenzen kollektiver Handlungsmöglichkeiten, wie es die Analysen des argentinischen *Colectivo Situaciones* klar zum Ausdruck bringen (siehe weiterführende Literaturhinweise). Es ist deshalb gerade nicht „erstaunlich, dass ein Jahr später [d.h. nach den schweren Protesten, J.W.], von dieser vermeintlichen politischen Mobilisierung der Argentinier so gut wie nichts mehr zu verspüren war. Apathie und Desinteresse waren die herausragenden Merkmale des Bürgerverhaltens vor der Wahl [...]“⁴⁵



Präsident Néstor Kirchner beim „Bad in der Menge“. Er erfreut sich einer Zustimmung von über 80% der Argentinier. Seine Beliebtheit dokumentiert er mit Bildern wie diesem auf seiner offiziellen Homepage. Quelle: <http://www.presidencia.gov.ar>

peronistische Partei als auch die Wirtschaft zeigt sich gespalten zwischen „Menemisten“, die auf eine programmatische Kontinuität zu den 1990er Jahren setzen, und denjenigen, die à la Duhalde und Kirchner auf eine pragmatische Neujustierung des argentinischen Wirtschaftsmodells zielen. Andererseits zeigt sich das Merkmal der Fragmentierung aber vor allem für die „Protestfront“, die denn auch nur sehr kurzzeitig als eine solche erscheint: Ihr Organisationsgrad bleibt generell gering und instabil, eine programmatische Plattform, auf der sich größere gesellschaftliche Allianzen bilden könnten, fehlt völlig. Diffusität, Heterogenität und Unorganisierbarkeit gelten ohnehin für die durch konkrete Verzweiflung und die Gunst der Stunde angetriebenen Akteure der Plünderungen. Ähnlich lässt sich aber auch für die Mittelschicht-basierten *cacerolazos* argumentieren. Denn der Typus der Kochtopf-Demo überwindet zwar die Hindernisse, die

se *vayan todos*“, die nach einer hinreichenden Anzahl von Rücktritten und Neubesetzungen zwangsläufig ins Leere läuft. Auch die in der Krise entstandenen „sozialen Innovationen“ sind hier einzuordnen: Weder die Tauschringe noch die Volksversammlungen oder die von den Arbeitern übernommenen Fabriken stellen die demokratischen Institutionen vor ernste Herausforderungen. Im Gegenteil: Indem sie auf lokaler Ebene Handlungsmöglichkeiten, Kanäle zur Artikulation von Unzufriedenheit und auch ganz konkrete materielle Linderung zur Verfügung stellen, werden sie selbst Teil des Stabilisierungsprozesses.

Auf- wie Abschwung der Protestwelle ist damit nur vor dem Hintergrund des soziostrukturellen Wandels zu verstehen, der mit der sozioökonomischen Transformation der 1990er Jahre einherging. Die bereits angedeuteten Veränderungen in der Arbeitswelt, „neue Armut“, informelle und prekäre

Bilanz: Demokratie und Stabilität in Argentinien

Ausgangspunkt der Überlegungen war eine paradox anmutende Feststellung. Mit der schweren Wirtschaftskrise ging eine ernste Destabilisierung der argentinischen Demokratie einher – der durch breite Teile der Gesellschaft gehende Aufstand gegen „die politische Klasse“ ist nicht als bloße Regierungskrise abzutun. Und trotzdem zeigt sich die Einordnung als demokratie-interne Krise als zutreffend: Weder aus der Perspektive der relevanten Akteure noch in Hinblick auf die politischen Prozesse sind Tendenzen erkennbar, die über das real-existierende demokratische Regime hinaus zielen. Die wichtigsten Leitlinien der Erklärung für dieses Phänomen, die in den vorherigen Abschnitten entwickelt wurde, sollen an dieser Stelle noch einmal zugespitzt zusammengefasst werden.

Die Form der „sozialen Explosion“ selbst bildet dabei den zentralen Zugang. Denn der Protest ist nicht zufällig hochgradig fragmentiert, heterogen und schwach organisiert. Er ist nicht zufällig weitgehend unorganisiert (*saqueos*, *cacerolazos*) oder primär lokal verankert (*piqueteros*, *asambleas*). Und

er vereinigt sich nicht zufällig lediglich in der pauschalen Ablehnung des Status quo sowie in der konkreten Forderung nach staatlicher Unterstützung. Diese Kennzeichen sind Ausdruck sozioökonomischer Veränderungen wie der Beziehungen von Staat und Markt bzw. Staat und Gesellschaft, die hier lediglich angedeutet werden konnten. Die „Protestfront“ aus „alten“ und „neuen Armen“, Arbeitslosen und informell Beschäftigten, Kleinhändlern, Kleinsparern und lokalen Unternehmern lässt sich relativ leicht politisch aufspalten und re-integrieren, die letztlich apolitischen Forderungspakete („Sie sollen alle abhauen“ einerseits, materielle Krisenlinderung andererseits) lassen sich gleichermaßen auffangen (durch Rücktritte und Sozialprogramme).

Dass sich die Krise – wie dargelegt – nicht als typisch argentinische Konfrontation zwischen peronistischer Partei, organisierter Arbeiterschaft und den Unterschichten einerseits, konservativer Elite und Militär andererseits darstellt, ist zu wesentlichen Teilen in diesem generellen soziostrukturellen Wandel begründet, der sich (u.a.) in einer Ausdifferenzierung der Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit und sozialer Exklusion äußert, während die politischen Einflussmöglichkeiten der davon Betroffenen systematisch begrenzt werden. Diese Konstellation, die Partizipation und somit die Repräsentativität der Demokratie tendenziell unterminiert und *gleichzeitig* soziopolitisch stabilisierend wirkt, bildet die Grundlage der argentinischen Restabilisierung. Stabilität entsteht nur zu einem Teil aus der Aufnahme und Befriedigung gesellschaftlicher Anforderungen an den demokratischen Staat; ebenso wichtig ist, dass für breite soziale Schichten die unterproportionale politische Umsetzung ihrer Interessen und Ideen mit einer geringen kollektiven Organisations- und Handlungsfähigkeit korrespondiert.

Erst vor diesem Hintergrund wird der Erfolg der begrenzten Restaurierung demokratischer Legitimität verständlich, der für die drei Dimensionen der Input-, Output- und der negativen Legitimität nachgezeichnet wurde: die materielle Krisenlinderung durch wirtschaftliche Stabilisierung wie gezielte Sozialprogramme; die selektive Repression und Delegitimierung bestimmter Protestakteure (insbesondere unter Duhalde) wie die Öffnung gegenüber den (ehemaligen) Protestgruppen und ihren Forderungen (insbeson-

dere unter Kirchner); die politische Konvergenz um das letztlich alternativlos erscheinende, etablierte Institutionensystem und dessen Repräsentanten (spätestens nach der Wahl Kirchners).

Schlussbemerkungen

Ob Argentinien mit dem Amtsantritt Kirchners vor einer Phase stabiler politischer wie wirtschaftlicher Entwicklung steht, erscheint mehr als fraglich. Als zentraler Punkt wird sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik erweisen, die nicht zuletzt von einer akzeptablen Bearbeitung der vollkommen ungelösten Verschuldungsproblematik abhängt. Ungeklärte Fragen betreffen auch das Bankensystem, die Tarife der privatisierten Versorgungsunternehmen, das Machtverhältnis zwischen Zentralregierung und Provinzen sowie die höchstens leicht abgemilderten sozioökonomischen Folgen der Krise. Insgesamt ist eine grundsätzliche Alternative zur wirtschaftspolitischen Programmatik der 1990er Jahre nicht zu erkennen. Entsprechend ist nicht zu erwarten, dass sich Argentinien – im Sinne einer Fortschreibung der oben angedeuteten Tendenzen – einer auf der Basis von sowohl prozeduraler Input- wie materieller Output-Legitimation rundum stabilen und friedlichen Formation demokratischer Herrschaft nähert. Vielmehr erscheint eine Reproduktion des innerstaatlichen demokratischen Friedens – ein Zusammenbruch ist in der Tat nicht absehbar – „niedriger Intensität“ wahrscheinlich, wie er für Lateinamerika einigermaßen kennzeichnend ist. Dieser basiert zwar auf bestimmten – historisch, regional und je national spezifischen – Mindeststandards demokratischer Repräsentativität und Performanz. Zentrales Standbein der Stabilität ist aber zugleich – darauf deutet nicht nur die argentinische Erfahrung hin – eine spezifische Beschränkung der Demokratie in Zeiten neoliberaler Globalisierung. Deren Ausdruck sind eine relativ enge Agenda „möglicher“ (Wirtschafts-) Politiken (und das heißt auch ein deutlich begrenzter Spielraum für wirtschafts- und sozialpolitische Outputs) sowie eine relativ geringe Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit breiter Gesellschaftsschichten (und das heißt eine klare Begrenzung der Partizipationsmöglichkeiten auf der

Anmerkungen

- ¹ Erst Anfang Dezember 2001 ließ der IWF die zuletzt noch mit enormen Kreditpaketen unterstützte Regierung fallen und verweigerte wegen massiver Überschreitung des Schuldenlimits die Auszahlung einer anstehenden Kredittranche über 1,3 Milliarden US-Dollar
- ² Vgl. José Pablo Feinmann, „Un horizonte común“, in: *Página/12*, Tageszeitung (Buenos Aires), 15.9.2003, <http://www.pagina12.com.ar>
- ³ Steven Levitsky, *The De-Unionization of Peronism*, Working Paper, Center for Labor Politics, University of California, Berkeley, Oktober 1999
- ⁴ „Balza: ‚La crisis de valores democráticos se soluciona con más democracia‘“, in: *Clarín*, Tageszeitung (Buenos Aires), 15.2.2002, <http://www.clarin.com>
- ⁵ Hans-Hartwig Blomeier, Argentinien hat gewählt - neuer Präsident, alte Probleme, in: KAS Auslandsinformationen, Heft 6, 2003, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 4-35, S. 5
- ⁶ Claudio Katz, *El modelo sigue en pie*, Buenos Aires, 19.9.2003, www.rebelion.org (Zugriff am 6.10.03), S. 14
- ⁷ Cambio Cultural (Hg.), „La pobreza argentina, informe especial“ und „La desocupación en la Argentina, Mercado del trabajo“, 2003, www.cambiocultural.com.ar; Heribert Dieter u.a., Argentinien: Wege aus dem Staatsbankrott, SWP-Studie, Nr. 22, Juni 2002, Berlin, S. 10; Bernardo Kliksberg, *Situación social de América Latina: problemas claves y tendencias*, 17.7.2003, www.iadb.org, S. 20; Centro de Estudios Bonaerense, *El salario real en sus niveles más bajos*, 14.11.2002, www.ceb.org.ar (Zugriff auf alle Internet-Seiten am 1.10.03)

Gracias

Wir bedanken uns herzlich bei Herrn Nicolas Pousthomis dafür, dass er uns seine 2001/2002 in Buenos Aires aufgenommenen Photographien zur Verfügung gestellt hat. Weitere Bilder finden sich auf seiner Homepage <http://www.argentinaphoto.linefeed.org>

Input-Seite). Es wäre mithin die real-existierende Demokratie mit ihren Integrationspotenzialen *wie* mit ihren systematischen Beschränkungen – dem Resultat der doppelten Transformation, die die lateinamerikanischen Staaten mit Demokratisierungs- und Neoliberalisierungswelle durchlaufen haben –, die den innerstaatlichen Frieden sichert. Dass der internationale Kontext, sei es in Form der Demokratieförderung durch die Regierungen des „Nordens“, sei es in Form der Stabilitätsanforderungen der internationalen Finanzmärkte, Sicherung *wie* Beschränkung der Demokratie stützt, kann hier lediglich angedeutet werden.

Diese hier nur mangels Alternativen als innerstaatlicher demokratischer Frieden „niedriger Intensität“ bezeichnete Formation entspricht dabei gerade nicht einer normativ anspruchsvollen Konzeption der Zivilisierung durch Demokratisierung, wie sie eingangs kurz umrissen wurde. Aus einer solchen Perspektive wird die Friedensleistung der Demokratie auf die umfassende Realisierung von Partizipation und Repräsentation (Input-Legitimität) sowie von Gemeinwohlorientierung und Problemlösung (Output-Legitimität) zurückgeführt. Diese Vorstellung hilft zur Erklärung der erstaunlichen – wenn auch vielfach prekären – Stabilität der real-existierenden Demokratie in Ländern wie Argentinien nur begrenzt weiter. So wie die „realistische“ Demokratietheorie eine Differenzierung zwischen normativ-utopischen Vorstellungen von Demokratie einerseits, der analytischen Konzeption real-existierender Demokratie (Polyarchie) andererseits begründet hat, so

unerlässlich ist es auch, zwischen einer normativ angeleiteten Konzeption des innerstaatlichen demokratischen Friedens und einer analytisch orientierten Erklärung der realen Stabilität ganz und gar nicht idealer Demokratien zu unterscheiden. Gerade im Interesse von emanzipatorischen Alternativen zur neoliberalen Globalisierung, deren Dringlichkeit die Krise in Argentinien erneut deutlich gemacht hat, ist eine solche nüchterne Bestandsaufnahme unabdingbar.

Die erstaunliche Reproduktion des innerstaatlichen demokratischen Friedens in Argentinien weist dabei in Richtung einer gesellschaftlichen Konstellation, die demokratische Prozeduren und scharfe sozioökonomische Gegensätze durchaus unter einen Hut zu bringen weiß. Argentinien nähert sich hier eher lateinamerikanischen Standards an, wie der argentinische Ökonom Claudio Katz prognostiziert: „Es kann Wachstum und neue Geschäfte geben, aber vor einem Hintergrund der definitiven sozialen Spaltung. Die

Armut wird sich als strukturelles Datum des Landes etabliert haben und die Arbeitslosigkeit einen Teil der nationalen Landschaft bilden.“⁶ Und trotzdem – und deshalb! – ist ein Zusammenbruch der real-existierenden Demokratie in Argentinien nicht zu erwarten.



Jonas Wolff (Jahrgang 1975) ist Stipendiat der Deutschen Stiftung Friedensforschung an der HSFK und Mitglied der Forschungsgruppe „Demokratisierung und innergesellschaftlicher Frieden“. Er promoviert über das Thema „Demokratische Wirtschaftspolitik, sozialer Frieden und öko-nomische Krise in Lateinamerika“

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in drei Forschungsgruppen vor allem zu den Themen: Rüstungskontrolle und Abrüstung, Internationale Organisation, Entwicklung und Demokratie sowie in dem Bereich Friedenspädagogik/Konfliktpsychologie. Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Kon-

fliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSFK und andere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit gibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Publikationen und Vorstandsangelegenheiten der HSFK, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 95 91 04-0, Fax (069) 55 84 81 E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de • Layout: HSFK • Druck: CARO Druck ISSN 0945-9332